

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1074.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5386.

**Inhalt.** An unsere Ortsverwaltungen! — Ein sehndes Lied... (Gedicht). — Beschwerde des Beirats des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen Ausnahmezustand und Zeitungsverbote. — Eine verfehlte Politik. — Herr Kräßig — der Textilsachverständige (IV). — Adam Reumann tot. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

### An unsere Ortsverwaltungen!

Werte Kollegen!

Alle Briefe und sonstigen Postsendungen sind künftig zu adressieren:

An den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6—7 II.

Geldsendungen durch die Post sind zu adressieren:

An Otto Zehms, Postcheckkonto 5386,  
Berlin NW. 7.

Bei Ueberweisungen auf Bankkonto adressiere man:

An die Commerz- und Discontobank, Depostenkasse OP.  
(Konto Karl Hübsch, Otto Zehms, Wilhelm Brillwitz),  
Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 142.

Wir bitten dringend, bei Sendungen an den Zentralvorstand nur diese Adressen benutzen zu wollen. Alle an einzelne Mitglieder des Vorstandes gerichteten Briefe oder sonstigen Postsendungen bleiben unerschlossen und werden an den Adressaten künftig unerschlossen abgegeben. Die an einzelne Vorstandsmitglieder gerichteten Briefe und sonstigen Postsendungen werden also, falls Adressat verreist ist, erst nach dessen Rückkehr geöffnet. Alle Verzögerungen in der Erledigung der Verbandsangelegenheiten, welche durch falsche Adressierung entstehen, haben die Ortsverwaltungen selbst auf sich zu nehmen.  
Der Vorstand. G. Jäkel.

### Ein sehndes Lied . . .

Ein sehndes Lied ein siegendes Lied —  
Wo hab ich es doch gehört?  
War ich jung, war ich alt,  
War's im Gait, war's im Wald,  
Da es schmeichelnd mich beirrt?

Ein sehndes Lied, ein siegendes Lied —  
Wie war doch sein zauberlicher Klang?  
War es süß und mild,  
War es gramvoll und wild,  
Dabon mein Herz zersprang?

Ein sehndes Lied, ein siegendes Lied —  
Wer war es doch, der es sprach?  
War's ein Weib, war's ein Kind,  
War's ein Traum, war's der Wind —  
Der mir mein Glück zerbrach?

Theodor Suje.

### Beschwerde des Beirats des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen Ausnahmezustand und Zeitungsverbote.

Der Beirat unseres Verbandes, der am 25. und 26. Januar in Leipzig tagte, hat gegen den Ausnahmezustand Stellung genommen und unter dem 29. Januar folgenden Schriftsatz an den Reichskanzler gerichtet:

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der als Repräsentant der Generalversammlung 450 000 Mitglieder vertritt, erhebt einmütig Protest gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes über den größten Teil des Reichsgebietes und die sich hierauf stützenden Verbote zahlreicher Zeitungen.

Bedeutet schon der Ausnahmezustand mit seinen vielfachen Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Sicherheit, wie sie sich in der Praxis ergeben und die einer freien Bevölkerung unwürdig sind, einen unhaltbaren Zustand, der insbesondere auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft trifft, so ist das Verbot einer großen Zahl von Arbeiterzeitungen durchaus unbegründet und eine einseitige schwere Benachteiligung der organisierten Arbeiterschaft.

Durch diese Verbote werden eine große Zahl Angestellte und Arbeiter existenzlos und der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen müssen, was für diese wiederum eine erhebliche Belastung bedeutet und keineswegs zu ihrer Popularisierung beiträgt. Für diese Angestellten und Arbeitgeber aber, die so entgegen dem allgemein erhobenen Ruf nach Erhöhung der Arbeitsleistung an freiwilliger Arbeit gehindert werden, ist

diese mit so mancher Demütigung verbundene Ueberlieferung an die Erwerbslosenfürsorge ein nicht zu rechtfertigendes Unrecht.

Die Verbote bedeuten ferner eine ungeheuerliche finanzielle Schädigung der gesamten organisierten Arbeiterschaft, deren Spargelder es sind, die die Grundlagen dieser Zeitungsunternehmungen bilden, deren Ruin bei der ohnehin schwierigen Lage des Zeitungs-gewerbes durch die Verbote herbeigeführt werden muß. Bei Aufrechterhaltung der Verbote werden diese Spargroschen der Arbeiter verloren sein.

Die Verbote bedeuten eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft auch insofern, als in der Zeitzeit das Falten und Lesen einer Tageszeitung zur unbedingten Notwendigkeit gehört, denn nur hierdurch ist sie in der Lage, Kenntnis von den diesen Verordnungen zu erhalten, die das wirtschaftliche und politische Leben regeln, insbesondere um über die Ausgabe und Verteilung der Lebensmittel informiert zu sein. Der damit verbundene Zwang, event. eine andere als die als richtig erkannte Zeitung halten und bezahlen zu müssen, bedeutet einen schweren Gewillenszwang.

Endlich sind die verbotenen Zeitungen samt und sonders auch die Publikationsorgane der Gewerkschaften im allgemeinen und des Deutschen Textilarbeiterverbandes im besonderen.

Die Verbote erweisen sich demnach als eine schwere Beeinträchtigung der Gewerkschaftsarbeit und -tätigkeit. So nach wird durch das Verbot einer Arbeiterzeitung, die nirgends ein kapitalistisches Unternehmen darstellt, sondern in jedem Falle ein durch Arbeitergroschen fundiertes Unternehmen ist, dessen Zweck-rein idealer Art ist und sich nicht auf das Erzielen von Gewinn richtet, selbstverständlich nur das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht.

Die durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufene Erbitterung der Arbeiterschaft wächst infolge dieser nur die Arbeiterschaft treffenden Maßnahmen ins ungeheure.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes hält es für seine Pflicht, die Regierung auf diese nicht zu bestreitenden Wirkungen hinzuweisen und damit den Antrag zu verbinden:

Die Reichsregierung möge unverzüglich die Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Zeitungsverbote herbeiführen.

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

### Eine verfehlte Politik.

Das von der Nationalversammlung am 18. Januar 1920 angenommene Betriebsrätegesetz hat die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft in keiner Weise befriedigt. Die Arbeiterschaft verlangt durch die Betriebsräte entscheidenden Einfluß auf die Produktion, damit nicht im privatkapitalistischen, sondern im allgemeinen Volksinteresse die Produktion gefördert wird. Dieser entscheidende Einfluß durch die Betriebsräte auf die Gestaltung der Produktion soll zum Hebel werden, mittels dessen die Produktion von der kapitalistischen zur sozialistischen übergeleitet wird. Diese fundamentale Forderung ist außer acht gelassen worden. Es ist ein Gesetz zustande gekommen, welches weiter nichts als eine gesetzliche Festlegung von Arbeiteransprüchen darstellt. Die grundlegende Forderung der Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft mit zum bestimmenden Faktor in der Produktion zu erheben, bleibt schon in dem Regierungsentwurf fort; wie überhaupt der vom Arbeitsminister Schilde vorgelegte Entwurf in keiner Weise die Forderungen der Arbeiterschaft berücksichtigt.

Wenn nun die Nationalversammlung diesen Entwurf noch weiter verhandelte, so daß das Gesetz für die Arbeiterschaft überhaupt wertlos geworden ist, so ist dies auf das Schuldkonto der gegenwärtigen Regierung zu setzen, die eben in jeder Beziehung bestrebt ist, dem Kapitalismus zu dienen. Die Regierung will nicht den Sozialismus, sondern den Kapitalismus. Das nunmehrige Betriebsrätegesetz soll dem wirtschaftsfriedlichen Ausgleich dienen. Es soll die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit fördern. Die Verwirklichung der Klassengegenstände, die in dem Gesetz versucht wird, kann über die tatsächlichen Verhältnisse nicht hinwegtäuschen. Es ist dies ein Versuch am untauglichen Objekt. Die Klassengegenstände treten gegenwärtig schärfer denn je hervor, infolgedessen muß diese versuchte Verkleisterung dieser in unserer Gesellschaft beruhenden Gegenstände die Arbeiterschaft mit dem größten Mißtrauen gegen die Regierung und diejenigen Parteien erfüllen, die das nunmehrige Betriebsrätegesetz der Arbeiterschaft schmachhaft machen wollen.

Der Arbeiterschaft ist der Marxistische Grundsatz, daß die Befreiung der Arbeiterschaft deren ureigenstes Werk selbst sein muß, in Fleisch und Blut übergegangen, und in ihr muß deshalb jenes Werk der Renegaten des Sozialismus den schärfsten Kampf herausfordern.

Den Mißerfolg des Betriebsrätegesetzes auf die gegenwärtige Zusammenfassung der Nationalversammlung abzuwälzen geht nicht an, weil das Gesetz im Rahmen der Gesamtpolitik der Regierung und der gegenwärtig herrschenden Parteien betrachtet werden muß. Das Ergebnis ist die Konsequenz dieser Politik, nämlich der des wirtschaftsfriedlichen Ausgleichs. Der gesuchte Ausgleich wird jedoch durch das Gesetz nicht erreicht, sondern die Kampfstellung der Arbeiterschaft gegen die Regierung in viel schärferer Weise hervorgerufen. Die gewalttätige Demonstration der Berliner Arbeiterschaft am 13. Januar hat dies in vollem Umfang bewiesen. Die Arbeiterschaft ist sich vollkommen bewußt, um was es geht. Daß der Schlusstein zum Gesetz mit Arbeiterblut überdüngt worden ist, das wird derselben für alle Zeiten anhaften. Alle Geschäftsklirungen seitens der Vertreter der Regierung und der dieser dienenden Presse werden über diese Tatsachen nicht hinweghelfen. Die Verschärfung des Ausnahmezustandes, die Unterdrückung eines großen Teiles der Arbeiterpresse, die Verhaftung von Arbeiterführern, die Aufrichtung der Diktatur der Ebert, Bauer, Noske, Koch schaffte vollkommene Klarheit — wenn es derselben überhaupt noch bedürft hätte — über die Stellung der Regierung zur Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft hätte die Clara Bismarck über dessen Grab hinaus. Diesen Satz haben sich die Diktatoren von heute seitens der Arbeiterschaft zugezogen. Wie denkt sich die Regierung einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens mit einer brutal unterdrückten Arbeiterschaft?

Die Diktatur von heute bedeutet nichts weniger als den Bankrott der bisherigen Regierungspolitik.

So kann es auf keinen Fall weiter gehen! Helfen kann uns nur eine Politik, die den Forderungen der Arbeiterschaft unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rechnung trägt. Die gegenwärtige Regierungspolitik, die Gründung der „Technischen Nothilfe“, das veränderte Betriebsrätegesetz, die Anklündigung eines Antifreigeetzes, die Errichtung der Diktatur muß die Leidenschaften der Arbeiterschaft bis in die innersten Tiefen aufwühlen und wachrufen und anstatt Arbeit, die wir so notwendig brauchen, den inneren Krieg fördern.

Wir befinden uns in einem heftigen Gärungsprozeß. Maßhalten der Regierung wäre Pflicht. Gewalt löst Gewalt aus. Es ist ganz klar, daß nach so großem Geschehen vieles anders sich formen und gestalten muß als eheher. Dieser Neugestaltung der Dinge kann man sich nicht, weil es dem kapitalistischen Interesse entspricht, entgegenstellen. Alles was sich jetzt neu gestaltet, wird befruchtet und gesorgt von den Kräften, die durch das große Geschehen ausgelöst worden sind und an dieser Neugestaltung tätig sind. Unsere wirtschaftliche Lage stellt uns deshalb vor Notwendigkeiten, die vollkommen mit der Vergangenheit brechen. Die Regierung mußte deshalb bedacht sein, alle Regungen und Forderungen der Arbeiterschaft unter dem Ausmaß der Kraftverhältnisse in bestimmte Formen zu kleiden. Nicht die Kräfte binden, sondern zur freien Entfaltung bringen wäre die Aufgabe der Regierung. Leider hat die Regierung seit den berüchtigten Dezembertagen 1918 nichts anderes getan, als die Revolutionskräfte zu binden und zu unterdrücken. Unsere verhängnisvolle Lage ist die Folge dieser Politik.

Das Betriebsrätegesetz wäre geeignet gewesen, wenn man der Arbeiterschaft den von uns gewünschten Einfluß gewährt hätte, den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu sichern. Wir wissen, daß ein Gesetz sich aus den Verhältnissen herausgestaltet und den Ausdruck der jeweiligen Machtverhältnisse darstellt. Wenn der Kampf um die Ausgestaltung des Arbeiterrechts nunmehr in den Werkstätten, den Fabriken und den Bergwerken fortgeführt wird, so ist dies eine Folge, die die Unzulänglichkeit des Gesetzes offen bloß legt. Dort, wo der Parlamentarismus versagt, das Recht, dem wirtschaftlichen Kräfteverhältnis entsprechend, zu regeln, wird sich dieses Recht auf anderem Wege durchsetzen müssen. Dagegen könnten keine Gewaltmaßnahmen helfen. Dies hat uns die Geschichte vielfach bewiesen.

Wir lehnen den Gedanken ab, der von einem Teil der Arbeiterschaft propagiert wird, daß ein Aufbau unseres Wirtschaftslebens nach sozialistischen Grundjahren erst möglich sei, wenn die kapitalistische Wirtschaft vollkommen zusammengebrochen sei. Hierüber entscheiden bestimmte Kräfte, die in unserer Wirtschaft selbst wurzeln. Die Durchführung der sozialistischen Wirtschaft kann nur ein Ergebnis der Entwicklung sein. Wir wollen dieser Entwicklung dienen, indem wir der Arbeiterschaft bestimmten Einfluß auf die Produktion, Aus- und Einfuhr, kurz auf die Gestaltung unserer gesamten Volkswirtschaft zuweisen wollen. Ob ein vollkommener Zusammenbruch unserer Wirtschaft dieses Ergebnis hätte, ist mehr als zweifelhaft. Von diesem Gesichtswinkel aus müssen wir die Taktik der Kommunisten und des Teils der im kommunistischen Fahrwasser segelnden unabhängigen Sozialisten ablehnen, die lediglich mit Generalfreistreiberei und Ruffischen wichtige Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen versuchen. Die Generalfreistreiberei, wie sie in

der letzten Zeit ausgeartet ist, führt zur Desorganisation der Arbeiterschaft. Dem Kräfteverbrauch durch die Arbeiterschaft steht nicht der geringste Erfolg gegenüber. Diese Vergeudung von Volkskraft durch die Generalstreikspolizei ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, weil man ihr Kräfte entzieht, die zu gegebener Zeit organisatorisch angewandt, der Arbeiterschaft vollen Erfolg bringen können. Jede nutzlose Kraftvergeudung muß zur Erschlaffung der Arbeiterschaft führen. Wenn durch Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel ein hohes Ziel erreicht werden soll, dann muß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dahinter stehen; dann muß der Kampf von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen werden. Ein Kampf einer Minderheit um grundsätzliche politische wirtschaftliche Ziele ist von vornherein aussichtslos. Wir lehnen deshalb die Putztaft ab. Mit Putztaft macht man keine Geschäfte.

Die Diktatur der gegenwärtigen Gewalthaber wird das Gegenteil von dem gewünschten Ergebnis zeitigen müssen. Daß die Regierung zur Vernunft kommt, ist vollständig ausgeschlossen. Sie hat sich jeden Weg, der zu einer vernünftigen Politik führt, verweigert. Sie fördert mit ihrer Politik die Taktik der Kommunisten. Was uns not tut, ist, daß die Arbeiterschaft endlich entschlossen und geschlossen gegen diese sozialistischen Kampfstellung. Hierzu muß der Kampf organisiert und die Massen mobilisiert werden. Die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit müßten sich geschlossen gegen die Politik der Regierung wenden. Leider ist an diese Geschlossenheit noch nicht zu denken. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sowie das „Korrespondenzblatt“ unterstützen diese Regierungspolitik. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat seine Politik ebenfalls auf den wirtschaftsfeindlichen Ausgleich der Klassen gegenüber eingestellt; er hat den früher in der Arbeiterbewegung allgemein gültigen Grundsatz der Unüberbrückbarkeit der Klassen gegenüber preisgegeben und bekennet sich heute zu den Anschauungen, um deren willen wir früher die S.-D., die christlichen Gewerkschaften immer verspottet haben. Er macht sich zum Förderer dieser verhängnisvollen Regierungspolitik — zum Schaden des gesamten Volkes.

### Herr Krätzig — der Textilfachverständige

IV.

Herrn Krätzig haben unsere drei mit obiger Ueberschrift versehenen Artikel nicht gefallen. Wir finden das begreiflich. Herr Krätzig ist in fataler Situation. Er weiß, manches blieb ungegagt, was unsere Darstellung noch beweiskräftiger machen würde. Nun schickt uns Herr Krätzig eine „Berichtigung“ unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes. Aber Herr Krätzig scheint nicht erkannt zu haben, daß seine Einleitung keine Berichtigung im Sinne des § 11 des Preßgesetzes ist, und daß wir folglich zur Aufnahme derselben durchaus nicht verpflichtet sind; er hätte mehr beweisen als behaupten sollen. Trotzdem drucken wir mit großer Freude das Schriftstück ab. Hier ist es:

Berlin, den 20. Januar 1920.

An die Redaktion des „Textilarbeiter“ in Berlin.

In der Zeitschrift „Der Textilarbeiter“, und zwar in den Nummern 50 und 52 des Jahrganges 1919, sowie der Nummer 3 des Jahrganges 1920 befindet sich eine Serie von Artikeln mit der Ueberschrift: Herr Krätzig — der Textilfachverständige. Diese Artikelserie enthält eine große Anzahl Unrichtigkeiten, die sich gegen mich richten. Vorbehaltlich anderer Abwehrmaßnahmen fordere ich auf Grund des § 11 des Preßgesetzes in der Nummer des „Textilarbeiter“, die nach Eintreffen dieses Briefes herauskommt, folgende

Berichtigung:

1. Es ist un wahr, daß ich den Textilarbeiterorganisationen die Sachkunde in Textilfragen abgesprochen habe. (Behauptung in Nr. 50 des „T.“.)
2. Es ist un wahr, daß ich in einer Kommissionsitzung der Nationalversammlung gesagt habe, in Fragen der Biochemie seien die Gewerkschaften nicht zuständig; sie könnten daher nicht verlangen, daß ihre Ansichten gegen die Errichtung eines biochemischen Instituts mehr Beachtung finden wie die Ansichten der Biochemiker, welche die Errichtung dieses Instituts für zweckmäßig halten.
3. Es ist un wahr, daß sie den Tatsachen entspricht und jederzeit durch Personen, „die dabei waren“, bestätigt werden kann.
4. Es ist un wahr, daß ich in jener Kommission der Nationalversammlung den Antrag bekämpfte, der das Vorschlagsrecht für die Vertreter der Arbeiter im Kuratorium des Forschungsinstituts für Textilindustrie den Arbeiterorganisationen zugestehen wollte. (Behauptung in Nr. 50 des „T.“.)
5. Es ist un wahr, daß kein Antrag gestellt war, den Arbeiterorganisationen dieses Vorschlagsrecht zu geben. Wahr ist, daß der Antrag gestellt war, die Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber statt durch die Regierungen, durch die aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte Arbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie vorschlagen zu lassen. Den Antrag habe ich nicht bekämpft; er ist vom Antragsteller zurückgezogen worden.
6. Es ist un wahr, daß ich der Wahrheit zuwider die Behauptung aufgestellt habe, die Arbeitsgemeinschaft in der Textilindustrie funktioniere nicht. (Behauptung in Nr. 50 d. „T.“.)
7. Wahr ist, daß ich in der Ausschusssitzung der Nationalversammlung vom 26. Oktober 1919 nur das erwähnt habe, was Herr Jäckel vom Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes am Tage vorher in der Sitzung der Reichsstelle für Textilwirtschaft, abgehalten am 25. Oktober 1919, gesagt hat. Herr Jäckel hat dort, ohne daß ihm von einer Seite widersprochen worden ist, bei der Debatte über die Bedingungen der Zulassung der Zweistuhlarbeit lebhaft bedauert, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht funktioniert. Wahr ist also, daß ich nach bestem Wissen von der Arbeitsgemeinschaft gesprochen habe.
8. Es ist un wahr, daß meine Mitarbeit am „Textilarbeiter“ als Mitglied der Reichsstelle für Textilwirtschaft vom Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes ge-

wünscht worden ist. (Behauptungen in den Nummern 52/1919 und 3/1920.)

Wahr ist, daß der Redaktion mir gegenüber das Recht genommen wurde, von mir Arbeit für das Blatt anzunehmen; wahr ist, daß der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes in jedem Einzelfalle mit der Redaktion prüfen sollte, ob ein von mir gefandener Artikel angenommen werde. Wahr ist doch, daß dies kein Wunsch nach Mitarbeit ist.

6. Es ist un wahr, daß sich der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes bereit erklärt hat, mit mir als Vertreter der deutschen Textilarbeiter in der Reichsstelle für Textilwirtschaft engste Verbindung zu halten.

Wahr ist, daß Herr Jäckel, als ich in der Vorstandssitzung meinen Arbeitsplan für das Zusammenarbeiten mit dem Vorstand vorgetragen hatte, sofort das Wort ergriff und diesem Zusammenarbeiten jeden Wert absprach. Er stellte meine Berufung in die Reichsstelle für Textilwirtschaft in Parallele mit dem Eintritt der französischen Sozialisten Briand, Millerand in die französische Regierung und warnte vor dieser Konzeptionschulerei der kapitalistischen Regierung. Er sagte, die Sache habe keinen Wert, befürwortete zwar meine Beurlaubung, sagte aber im Anschluß daran:

„Sollte der Vorstand, was sehr bald geschehen kann, dazu schreiten, die zweite Redakteurstelle wieder zu besetzen, dann wird er sie dem Kollegen Krätzig wieder anbieten. Lehnt er sie dann ab, bleibt er in der Reichsstelle, dann scheidet er aus dem Angestelltenverhältnis aus; Vorstandsmittglied kann er nicht sein.“

Wahr ist weiter, daß Herr Hilbsch am Schlusse der Debatte sagte, er sei auch nicht für ein solches Verhältnis, wie ich es für das Zusammenwirken von mir und dem Vorstand vorgeschlagen habe, denn man könne nicht wissen, ob man nicht später gezwungen sei, die Einrichtung scharf zu bekämpfen. Da sei es besser, wenn man nicht erst in Verbindung mit ihr gestanden habe.

Wahr ist also, daß das Zusammenarbeiten abgelehnt wurde. Hermann Krätzig.

Ob Krätzigs Mitarbeit gewünscht wurde oder nicht, wie sie von dem oder jenem Redner bewertet wurde, ist nebensächlich gegenüber der unumstößlichen Tatsache, daß sie nicht einfach abgelehnt wurde. Das aber will Herr Krätzig unter allen Umständen glauben machen. Dem steht aber die Tatsache entgegen, daß doch die Frage der Honorierung seiner Artikel ein Rolle spielte; sie wäre doch bei Ablehnung seiner Mitarbeit gar nicht erst aufgetaucht. Herr Krätzig behauptete ja auch — wenn auch fälschlich — der Vorstand sollte seine Arbeiten im Verein mit dem Redakteur prüfen, um auf Grund dieser Prüfung zur Bemessung des Honorars kommen zu können. Bei Ablehnung seiner Mitarbeit hätte man doch auch über die Frage der Prüfung nicht zu beraten brauchen. Die Prüfung sollte aber, wie wir hier nochmals feststellen wollen, gar nicht dem Vorstande mit anheimfallen, sondern — darüber ist zwar nichts gesagt worden, es würde aber nur den bei uns üblichen Gebräuchen entsprechen — lediglich dem jeweiligen ständigen Redakteur zustehen; von ihm und dem Vorstande gemeinsam sollte nur das Honorar für Arbeiten Krätzigs festgesetzt werden. Das hätte ebensogut nach der Aufnahme ins Blatt wie vor derselben geschehen können, so daß auch eine indirekte Prüfung, Bewertung der Arbeit und eine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Arbeit dem Vorstande ohne Einverständnis des Redakteurs gar nicht möglich gewesen wäre.

Was Herr Krätzig unter Ziffer 5 und 6 ausführt, qualifiziert sich lediglich als Behauptung, welche unserer dokumentarisch belegten Ausführung von Tatsachen entgegengesetzt wird. Deshalb braucht hierzu nicht viel gesagt zu werden. Jeder Teilnehmer der Vorstandssitzung vom 8. August 1918 — zu vier Fünftel Mehrheitssozialisten — bestätigt event. die Richtigkeit und Beweiskraft der Dokumente.

Daß Jäckel die Arbeit in der Reichsstelle für Textilwirtschaft für wertlos erklärt haben soll, glaubt im Textilarbeiterverband kein Mensch. Die ganze jahrelange Tätigkeit Jäckels in den Körperschaften der Textilwirtschaft widerspricht dem. Im übrigen: Will Herr Krätzig behaupten, daß es sich am 8. August 1918 um seine Berufung in die Reichsstelle für Textilwirtschaft handelte? Davon hat Herr Krätzig damals kein Wort gesagt. Es wurde gesprochen von der Stellung eines berufsständischen Referenten im Reichswirtschaftsministerium.

Was Herr Krätzig unter Ziffer 1 und 2 behauptet, widerspricht dem, was der von der mehrheitssozialistischen Fraktion eingesetzte Untersuchungsausschuß am 17. Dezember bekanntgegeben hat. Dort wird gesagt, Herr Krätzig habe uns die Sachverständigkeit auf dem Gebiete der Biochemie abgesprochen. Herr Krätzig spricht jetzt von der Zuständigkeit in der Frage der Errichtung eines biochemischen Instituts. Die Frage der Errichtung eines besonderen biochemischen Instituts im Zusammenhang mit der Errichtung eines Forschungsinstituts für Textilindustrie ist eine Frage der Organisation der Textilforschung im Allgemeinen. Herr Krätzig ist also der Meinung, daß die Gewerkschaften in dieser mit der Errichtung und Organisation eines Forschungsinstituts für Textilindustrie untrennbar verbundenen Frage nicht zuständig sind. Wir danken für das Zugeständnis.

Herr Krätzig sagt unter Ziffer 3, daß in der Kommission ein Antrag, welcher das Vorschlagsrecht für die Arbeitervertretung im Kuratorium des Forschungsinstituts für Textilindustrie den Arbeiterorganisationen zugestehen sollte, nicht gestellt worden sei. Wahr sei, daß der Antrag, die Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber durch die aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte Arbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie vorschlagen zu lassen, vorgelegen habe. Der Antrag sei vom Antragsteller zurückgezogen worden.

6. Wahr ist, daß Herr Jäckel vom Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes am Tage vorher in der Sitzung der Reichsstelle für Textilwirtschaft, abgehalten am 25. Oktober 1919, gesagt hat. Herr Jäckel hat dort, ohne daß ihm von einer Seite widersprochen worden ist, bei der Debatte über die Bedingungen der Zulassung der Zweistuhlarbeit lebhaft bedauert, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht funktioniert. Wahr ist also, daß ich nach bestem Wissen von der Arbeitsgemeinschaft gesprochen habe.

Wahr ist, daß der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes bereit erklärt hat, mit mir als Vertreter der deutschen Textilarbeiter in der Reichsstelle für Textilwirtschaft engste Verbindung zu halten.

Wahr ist, daß Herr Jäckel, als ich in der Vorstandssitzung meinen Arbeitsplan für das Zusammenarbeiten mit dem Vorstand vorgetragen hatte, sofort das Wort ergriff und diesem Zusammenarbeiten jeden Wert absprach. Er stellte meine Berufung in die Reichsstelle für Textilwirtschaft in Parallele mit dem Eintritt der französischen Sozialisten Briand, Millerand in die französische Regierung und warnte vor dieser Konzeptionschulerei der kapitalistischen Regierung. Er sagte, die Sache habe keinen Wert, befürwortete zwar meine Beurlaubung, sagte aber im Anschluß daran:

### Adam Neumann tot.

Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Adam Neumann, ist während einer Reise im Dienste des Verbandes in seinem Hotel in Hamburg, 52 Jahre alt, plötzlich am Herzschlag verstorben. Sein Tod vernichtet jah die großen Spinnungen, die der Verband noch auf ihn gesetzt hatte.

### Aus der Textilindustrie.

Um eine der Teuerung entsprechende Lohnzulage zu erhalten, legten die Textilarbeiter Nordhorns am 29. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, die Arbeit nieder und demonstrierten auf dem Marktplatz. Es wurde ihnen zugesagt, daß, wenn bis zum 4. Februar noch keine Einigung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation erzielt sei, vom 7. Februar an Zulagen geleistet werden sollten, deren Höhe mit den Gewerkschaftssekretären vereinbart werden soll.

Textilarbeitergewinne. O wie sind doch die Zeiten so schlecht! Eine Firma in Trifotagen möchte vor kurzem folgendes flotte Geschäftchen: Ein Reisender, Kaufmann, kaufte einen Posten von 200 Duzend Filetjacks zum Preise von 34 000 Mk. Die Belegungskosten der Firma betragen: 1 Duzend Jacken (Gewicht) 700 Gramm. Der Abfall kann auf 300 Gramm bemessen werden. Das Gesamtgewicht kann also 1000 Gramm betragen haben. 200 Duzend werden bei 50 Beschäftigten in zwei Tagen fertiggestellt. Berechnen wir den Arbeitslohn einschließlich des Gehalts der Angestellten mit durchschnittlich pro Tag 20 Mk., was für uns Textilarbeiter hoch gegriffen sein dürfte, so beträgt der Arbeitslohn zusammen 2000 Mk. Die Betriebskosten in zwei Tagen betragen 1000 Mk., die Verpackung und sonstiges dazu kostet 1000 Mk. Das sind zusammen 4000 Mk. Einkauf: 1 Kilogramm Garn kostet 80 Mk., 200 Kilogramm Garn kosten 16 000 Mk. Aus 200 Kilogramm Garn wurden 200 Duzend Filetjacks angefertigt. Die Ausgaben betragen:

Rohmaterial . . . . .	16 000 Mk.
Arbeitslohn . . . . .	2 000 "
Abreibungen . . . . .	1 500 "
Sonstiges . . . . .	1 500 "
Gesamtausgabe . . . . .	21 000 Mk.
Gesamteinnahme . . . . .	34 000 "
	13 000 Mk. Profit in zwei Tagen. —

Wir begreifen nun das Mordbrot gegen die bösen Betriebsräte. Arbeiter, auf an die Arbeit! Ein Arbeiter.

Die Lage des Londoner Wollmarktes. Die am 12. Januar eröffneten Wollauktionen wurden am 23. Januar geschlossen. Eine besondere Veränderung der Preise ist gegenüber den früheren Versteigerungen nicht eingetreten. Die Hauptnachfrage erstreckte sich auf Merino-Kammwollen. Große Wollen, insbesondere Grobwebs, waren vernachlässigt. Hauptkäufer war England, dann folgte Frankreich und Amerika.

Starkes Angebot von spanischen Wollen. In allen wolleverbrauchenden Ländern sind jetzt spanische Wollen stark angeboten, allerdings zu hohen Preisen. Die Wollproduktion Spaniens soll sich bedeutend vermehrt haben.

Finnland baut neue Textilfabriken. In Finnland ist der Bau mehrerer neuer Fabriken der Weberei und Strickerei geplant.

Liverpool, Bradford und Manchester als neue Wollstapelplätze. Vor dem Kriege wurden in Liverpool in der Hauptsache ostindische Wollen durch Versteigerungen den Verbrauchern zugeführt. Im Wettbewerb mit London und vornehmlich mit Antwerpen gelangen von diesem Jahre an auch australische Wollen zum auktionenweisen Verkauf. Manchester, welches nie Wollauktionen abhielt, wird solche gleichfalls veranstalten. Im März wird auch in Bradford eine Versteigerung von australischen Wollen stattfinden.

Rohstoffkredite für die Textilindustrie. Von zuständiger Stelle erfahren die B. B. N.: Von den Valutakrediten, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund durch die skandinavischen Gewerkschaften erhalten hat, will die Deutsche Oekonomiegesellschaft Berlin einen Betrag von fünf Millionen schwedischen Kronen der deutschen Textilindustrie zur Rohstoffbeschaffung zur Verfügung stellen. Die Kreditgewährung an die Industrie wird davon abhängig gemacht, daß die Valutaforderung durch die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen, die aus diesen Rohstoffen hergestellt werden, abgedeckt wird. Dadurch erhält die Textilindustrie, die seit Kriegsbeginn unter außerordentlicher Rohstoffknappheit zu leiden gehabt hat, neue Produktionsmöglichkeiten. Der Reichswirtschaftsminister hat daher dieser Regelung zugestimmt mit der Bedingung, daß die Reichsstelle für Textilwirtschaft die Kontrolle über die Preise der mit Hilfe der Kredite hergestellten

auszuführenden Fertigerzeugnisse erhält. Auf Grund der als angemessen festgesetzten Preise soll die Ausführungsgenehmigung erteilt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die von den Industriellen in Anspruch genommenen Kronenkredite tatsächlich zum Einkauf von Textil-Rohstoffen verwendet worden sind, die im Inland verarbeitet wurden.

### Soziale Rundschau.

#### Ueber die Lage des Arbeitsmarktes

Im November 1919 handelt eine größere Abhandlung im „Reichsarbeitsblatt“. Die Arbeitslosigkeit ist wiederum gestiegen, was seinen Grund vor allem in der Kohlennot hat. Von 32 Fachverbänden waren 2,9 Proz. arbeitslos. Der November 1918 hatte nur eine Arbeitslosigkeit von 1,18 Proz. Die weibliche Arbeitslosigkeit wies einen kleinen Rückgang auf. Die größte Zunahme der Arbeitslosigkeit hatte der Bauarbeiterverband. Er hatte eine Arbeitslosigkeit von 4,7 Proz. gegen 1,9 Proz. im Vormonat. Stark zugenommen hat auch die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiterverband (von 1,8 auf 2,3 Proz.), im Metallarbeiterverband (von 2,2 auf 2,5 Proz.) und beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (von 0,5 auf 0,1 Proz.). Der Textilarbeiterverband und der Transportarbeiterverband wiesen eine Abnahme der Arbeitslosigkeit auf.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Bamberg.** Am 20. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die zwar gut besucht war, aber in Anbetracht unseres Mitgliederbestandes eine andere Teilnehmerzahl hätte aufweisen müssen. Kollege A. Zwiebel gab den Bericht über seine Tätigkeit seit seiner Anstellung als Geschäftsführer. Als selbiger am 1. Oktober 1919 die Geschäftsleitung übernahm, entpoch die Filiale keineswegs den Erwartungen, die man auf eine zielbewußte kämpferische Arbeiterschaft setzte. Der unselige Krieg hat hier besonders demoralisierend gewirkt. Dazu kam noch die große Arbeitslosigkeit fast aller Zweige unserer Industrie, die bis zur Stunde noch wie ein Alpdruck auf uns lastet. Die Revolution brachte aber der bedrückten Kollegenchaft wieder den Glauben an die Chancen der Organisation. Und so besäßen wir nun in den meisten Betrieben wieder eine schlagfertige Belegschaft und einen gut funktionierenden Betriebsrat. Mit letzterem wurde der größte Teil der notwendigen Verhandlungen geführt. Und diese waren nicht wenige. Der Geschäftsführer war insgesamt achtmal vorstellig, meist mit befriedigendem Resultat. Außerdem nahm er an den Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft in Würzburg, ferner an den der Demobilisierungskasse Nürnberg teil. Die Betriebsräte kamen in 4, die Vertrauensleute in 7 Versammlungen zusammen. Branchensammlungen fanden für die Weber, Färber und Fellestrickerinnen je eine, für die Meister 2 statt, dazu wurden noch 12 Betriebsversammlungen abgehalten. Die Filialverwaltung hat ihre Aufgaben in einer Generalversammlung und in 3 Verwaltungssitzungen erledigt. Der Kassenbestand ist folgender: Einnahmen 14.940,30 Mk., Ausgaben 12.611,38 Mk. (davon an die Hauptkasse 2300,90 Mk.). Weiblich ein Kassenbestand von 2328,92 Mk. Der Mitgliederbestand ist 450 männliche, 650 weibliche Kollegen, zusammen 1100. Neuzugänge wurden 58, außerdem noch 51 Übertritte vom christlichen Verbande gemacht. Demnach eine Gesamtzunahme von 107 Mitgliedern. Die Versammlung nahm beide Berichte mit stichlicher Befriedigung und mit Beifall debattierend entgegen. — In die Verwaltung wurden die bisherigen Kollegen größtenteils wiedergewählt. — Bei dem nun folgenden Punkte „Betriebsangelegenheiten“ kam angelehnt der erneut einsetzenden Teuerung der Wille der Kollegenchaft nach einer ausgleichenden Teuerungszulage spontan zum Ausdruck. Die Verwaltung wurde beauftragt, gemeinsam Schritte mit dem Bau zu unternehmen und eine öffentliche Textilarbeiterversammlung einzuberufen, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. — Die Tagesordnung war damit erschöpft. Der Vorsitzende schloß hierauf mit einem Appell zu treuer Mitarbeit die Versammlung.

**Berlin.** Die Generalversammlung am 26. Januar hörte den Jahresbericht. Derselbe ergab eine Steigerung der Mitgliederzahl um rund 6000. Der Kassenbestand stieg um rund 10.000 Mk. Der Hauptkassenschein 76.570,14 Mk. zugeführt werden. Der durchschnittliche Markenumsatz pro Mitglied betrug 9,25 Mark. Dem Kassierer, Kollegen Schenck, wurde die Entlastung für die Kassienführung erteilt. Die Revisoren hielten außer den 4 Quartalsrevisionen eine unerwartete Kassenrevision ab und fanden alles in Ordnung. Kollege Bingen gab den Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis. Es meldeten sich 1560 Arbeitsuchende; 1531 offene Stellen wurden gemeldet und hiervon 988 besetzt. Den Bericht über die Agitation gab Kollege Gruhl. Es fanden 249 Versammlungen, 180 Sitzungen, 123 Verhandlungen mit Unternehmern, 56 mit Behörden und 9 vor dem Gewerbeamt statt. Lohnbewegungen waren 65, hiervon 6 mit Streik. Die Streiks erstreckten sich auf die Färber- und Delaturbranche und wurden erfolgreich beendet. Es wurden 35 neue Tarifverträge abgeschlossen. 35 Lohnbewegungen wurden im Betrieb erledigt, 25 vor der Arbeitsgemeinschaft und 5 vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin. In 9 Fällen wurden einmalige Teuerungszulagen bewilligt, in der Gesamtsumme von 441.580 Mk. Die wöchentlichen Lohnzulagen betragen in der Gesamtsumme 225.918 Mk. Alle Lohnbewegungen umfaßten 519 Betriebe mit 15.619 Beschäftigten. (Zu beachten ist, daß oft in ein und demselben Betrieb mehr als eine Lohnbewegung war.) Trotz dieser Lohnzulagen leidet die Textilarbeiterschaft zurzeit mehr Not denn je. Die Löhne sind um das Doppelte und Dreifache, die Lebenshaltung ist um das Sechsfache und die Bedarfsartikel sind um das Zwanzig- und Dreißigfache gestiegen. Hier kann nur eins helfen: die Erämpfung des Sozialismus. Es wurde dann zur Wahl der Ortsverwaltung und der Delegierten zur Gewerkschaftskommission und zur Gaukonferenz geschritten. Resultat: 1. Vorsitzender Max Gruhl (einstimmig gewählt), 2. Vorsitzender Simon Unger (480 Stimmen, Unger erhielt 277 und Liebers 4 Stimmen), 1. Kassierer Jakob Nimmig (392 Stimmen, Schein 291), 2. Kassierer Peter Winken (462 Stimmen, Bräder 289 Stimmen), 1. Schriftführer Bruno Steller (einstimmig gewählt), 2. Schriftführer Anna Unger (705 Stimmen, Käßlich 47 Stimmen), Revisoren: Franz Dreißer, Adolf Bauer, Alma Bendin, Georg Labuhn, Otto Köpfler (alle einstimmig gewählt).

Zur Gewerkschaftskommission wurden gewählt: Robert Blum (408 Stimmen), Simon Unger (228 Stimmen), Willy Hager (478 Stimmen), Martha Kiesler (485 Stimmen), Helene Weber (352 Stimmen). Dann wurden die Delegierten zur Gaukonferenz gewählt. Alle Kandidaten mußten vor der Wahl mitteilen, welcher politischen Partei sie angehören. — Die Versammlung war von mehr als 1000 Mitgliedern besucht. — Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Da das Betriebsrätegesetz von der Nationalversammlung angenommen wurde, wir aber durch das Presseverbot nicht in der Lage sind, unsere Mitglieder über das Wesen und die Ziele des Betriebsrätegesetzes aufzuklären, fordert die heute (am 26. Januar) bei Becker, Weberstr. 17, tagende Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes von der Regierung die sofortige Aufhebung des Beselagerungsstandes und des Presseverbotes. Ferner verlangt die Versammlung die Beseitigung der Schutzstände und die vollständige Amnestie für alle politischen Vergehen. — In Anbetracht hieran wurde die Schreibweise des „Korrespondenzblattes“ (Nr. 3, Leitartikel „Sturmflut“) auf das schärfste verurteilt.“

**Blumenthal** (Filiale Vegesack u. Umg.). Unsere Generalversammlung fand am 6. Januar in Plales Hotel statt. Man gedachte zunächst der im verflochtenen Jahre verstorbenen 16 Mitglieder. Kollege Geschäftsführer Sasse gab den Kassenbericht vom 4. Quartal sowie den Geschäftsbericht vom Jahre 1919. Am Anfang des 4. Quartals waren 908 männliche und 806 weibliche Mitglieder vorhanden, am Schlusse des Quartals 898 männliche und 886 weibliche, so daß ein Zuwachs von 50 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Der Rückgang der Zahl der männlichen Mitglieder erklärt sich dadurch, daß sich eine kleine Anzahl verließen, aus dem Verbands aus- und in die sogenannte Arbeiterunion einzutreten, was im Interesse der Einigkeit und der Geschlossenheit der Arbeiterschaft aufs schärfste zu verurteilen ist. Es wurden 136 Mitglieder neu aufgenommen. Der Kassenbestand betrug am Anfang des Quartals 4029,61 Mk. Die Gesamteinnahme (inkl. Kassenbestand) betrug 26.596,61 Mk., die Gesamtausgabe 8716,48 Mk., so daß nach Abzug des der Zentralkasse zuzurechnenden Betrags von 13.872,19 Mk. ein Kassenbestand von 6007,94 Mk. vorhanden ist. — Zum Geschäftsbericht erklärte Kollege Sasse, daß der Geschäftsführer bei 14 Mitgliedern, 29 Betriebs-, 12 Branchen-, 19 Vertrauensleuteversammlungen und 10 Vorstandssitzungen anwesend sein mußte. Es haben unter Mitwirkung des Geschäftsführers 28 Lohnverhandlungen, davon 15 mit der Direktion der Br. Wollkammerei, außerdem 6 mit dem Arbeitgeberverband und 3 vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden. In Kassenrevisionen wurden 4 vorgenommen. Die Anwesenheit des Geschäftsführers war notwendig bei 8 kombinierten Vorstandskonferenzen, 2 mit der polnischen Berufsvereinigung, 5 kombinierten Vertrauensleutenitzungen, bei einer Gau- und einer Betriebsrätekonferenz. Die Beitragsleistung betrug im Jahre 1919 im Durchschnitt pro Quartal und Mitglied 11,11 Beiträge. Die ungünstige Beitragsleistung ist zurückzuführen auf die Entlassung einer größeren Anzahl verheirateter Frauen, welche Mitglied bleiben, aber Beitrag nicht leisten, in der Hoffnung, bei günstigerer Konjunktur wieder arbeiten zu können. Der Betrieb der Br. Wollkammerei hatte schwerer unter dem herrschenden Kohlenmangel zu leiden. Hoffen wir, daß darin baldigt Abhilfe geschaffen wird, dann wird die Filiale auf Grund des bestehenden Dranges des Betriebes nach Produktion einer starken Aufwärtsbewegung entgegenzusehen können. — Nach den Wahlen erfolgte eine Lohnregulierung des Beitragskassierers. — Die angeführten Betriebsräte wurden begrüßt. Es soll zwecks Erleichterung der Finanzierung der Sache mit anderen Organisationen Verbindung gesucht werden. — Zwei Anträge wurden zur nächsten Versammlung zurückgestellt. — Nachdem der Vorsitzende, Kollege B r i n g m a n n, jede Zersplitterungsbewegung in den Betrieben mit scharfen Worten bekämpft hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die revolutionäre Arbeiterbewegung geschlossen.

**Burgstädt.** In unserer Generalversammlung am 4. Januar gab Geschäftsführer W i n k l e r einen Bericht, nach dem der Mitgliederbestand bei seinem Antritt am 1. August v. J. 1850 betrug, jetzt aber die einschlägige Ziffer von 3634 aufweist. Die Einnahmen sind natürlich demgemäß auch gestiegen. Unser Lokalkassenbestand beträgt jetzt 3101,21 Mk., nachdem wir alle unsere Zahlungspflichten erfüllt hatten. — In der Aussprache wurden die abgelehnten Tarife als ungenügend bezeichnet und die Gauleitung wurde deswegen angegriffen. Die Geschäftsführer entzweiten die Angriffe durch Aufklärung. Nach den Vorstandswahlen wurde die Geschäftsleitung durch verschiedene Anträge aufgefordert, mit der Gauleitung zwecks Erzielung von Teuerungszulagen für die erhöhten Lebensmittelpreise in Verbindung zu treten, doch dürfte die Angelegenheit schon in den nächsten Tagen ihre Erledigung finden. Ein Antrag auf Bezahlung der Feils und Felleier wurde der Zentrale übergeben. — Mit dem Wunsch, alles daran zu setzen, daß wir bald auf 5000 Mitglieder kommen, schloß Winkler die Versammlung.

**Enchenreuth.** Am 21. Januar hielten wir unsere erste Generalversammlung ab. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen, doch fehlten hauptsächlich die weiblichen Mitglieder, und gerade für sie wäre es nützlich, wenn sie sich zu den Versammlungen zahlreicher einfänden würden; muß doch gerade für sie die Ortsverwaltung viel Arbeit leisten! Vorsitzender Fraisenberger gab das Resultat bekannt, das die Konferenz erzielte, die am 15. Januar mit den Sidereratoren zwecks Lohnregulierung verhandelte. Sodann nahm der Kassierer die Rechnungsbilanz vor, die ebenfalls ein gutes Resultat ergab; ist doch die Filiale Enchenreuth eine noch sehr junge, noch nicht einmal ein Jahr alte. Und das Resultat könnte ein noch besseres sein, wenn die vielen Sidererinnen, die dem Verbands noch fernstehen, sich ihm anschließen würden. Den Hauswebern wurde bekanntgemacht, daß die Fabrikanten und Faktoren ihnen eine 50prozentige Teuerungszulage, mit sofortiger Wirkung, bewilligt haben. Dies wurde seitens der Hausweber mit Freuden aufgenommen. Von der Ortsverwaltung wird auch eine Liste der organisierten Siderer und Sidererinnen angefertigt, die jedem Faktor zugeht, wird mit dem Schriftlichen Vermerk, daß sie für diese Sidererinnen den vereinbarten und auch unterschriebenen Lohnsatz einzuhalten hätten, während sie die nicht organisierten Sidererinnen nach ihrem Gutdünken bezahlen können. Wir haben in der Filiale 84 weibliche Mitglieder, alles Sidererinnen, und mehr als noch einmal so viel stehen dem Verbands noch fern. Ein letztes Arbeit hätte die Ortsverwaltung, wenn die fernstehenden sich anschließen würden; dann müßten die Sidereratoren nachgeben. Wir rufen diesen Sidererinnen zu: Säumt nicht länger, sondern schließt euch alle dem Verbands der deutschen Textilarbeiter an, nur so könnt ihr euer schlechte Lage verbessern, nur der Verband kann helfen und hilft euch; ihr allein könnt es nicht. Die Wahl der Vorstandschaft, die auf Wunsch vieler Mitglieder per Affirmation vorgenommen wurde, ergab, daß der Gesamtverband wiedergewählt wurde, gewiß ein Zeichen, daß die alten Vorstandsmitglieder sich bewährt hatten; ebenso wurden die alten Revisoren wiedergewählt. Die junge Filiale Enchenreuth hat gezeigt, daß sie trotz der schlechten Zeiten lebensfähig ist und hat im ersten Jahre ihres Bestehens schöne Resultate erzielt, hat auch bewiesen, was tüchtige Vorstandsmitglieder zu leisten imstande sind. Darum mit frischem Mut in das neue Verbandsjahr eingetreten und so weiter gearbeitet wie bis jetzt! Dann werden auch wir einst sagen können: Nur durch Arbeit sind wir geworden, was wir sind.

**Freising.** Unsere am 10. Januar beim Hofwirt in Neustift abgehaltene Generalversammlung war gut besucht; die paar Säumigen hätten aber auch noch kommen sollen. Nach den üblichen Berichten über Geschäft und Kasse erörterte der Vorsitzende zunächst eine Frage über das Verlangen einer Arbeiterin im Betriebe, von der er meinte, die Firma hätte ein Interesse daran, sie zu entfernen, und die Kollegenchaft werde sie mit Verachtung strafen. — Mit dem in Augsburg abgeschlossenen Meistertarif, der auch hier Geltung bekommen soll, ist man nicht zufrieden. Zum Verbandsauschuß und zum Betriebsrat sollte man auch möglichst geeignete Kolleginnen heranziehen, wie es von der Verbandsleitung empfohlen wurde, was hier das Vorwort zu ihr nicht wenig haben werde. Der Kassierer sprach dann noch eine Tarifangelegenheit. Es wurde dann über die Kartellbildung berichtet und an die Filialleitung für Leherreuth und für einen für und mehr lokalen Fall erinnert. Unsere Monatsversammlungen werden jeden letzten Samstag stattfinden. Das Betriebsrätegesetz wurde gestreift und zur Vorfrist bei den demnächstigen Wahlen der Räte gemahnt. Mit den üblichen Wahlen schloß die Versammlung.

**Guben.** Die Mitgliederversammlung am 21. Januar war von etwa 800 Mitgliedern besucht. Das Ergebnis der Vorstandswahlen wurde bekanntgegeben. Kollege Hoffmann erster, Kollege Schölze zweiter Vorsitzender, Kollegin Wendel Kassiererin, Kollege Domke erster, Kollege Nothe zweiter Schriftführer. Zur Erweiterung des Vorstandes sollte die Obseute der Betriebsauschüsse herangezogen werden. Das Andenken zweier verstorbenen Kollegen wurde in

üblicher Weise geehrt. Den Kassenbericht über das letzte Quartal gab Kollegin Wendel. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse 464 männliche und 1576 weibliche Mitglieder. Ueber die Verhandlungen mit den Unternehmern berichtete Kollege Hoffmann. Er erwähnte, daß es sich einige Kollegen dauernd angelegen sein lassen, gegen die Leitung und die Organisation rebellisch zu machen, weil die Löhne nicht ausreichend sind, dabei haben sie vor nicht allzu langer Zeit selbst dafür gestimmt. Zur Sache selbst führte er aus, daß die Arbeitsgemeinschaft für die Niederlausitz sich bereit erklärt hat, eine Teuerungszulage von 150 Mk. pro Woche und Kopf der zu Versorgenden zu gewähren. Im Auftrag des Ortsauschusses seien örtliche Verhandlungen angebahnt, von den Industriellen aber abgelehnt worden. Daraufhin sei an die Unternehmern die Forderung einer 50prozentigen Lohnerhöhung und der Gewährung einer Teuerungszulage von 5 Mk. mit dem Termin des 20. Januar gestellt worden. Die Gauleitung wurde informiert, hat auch zugestimmt, da sich aber die Angelegenheit zu lange hinausgezogen hätte, wurde am 20. Januar in Verhandlungen eingetreten. Das Angebot der Unternehmern war anfangs völlig ungenügend, sie versuchten ferner, die Spannung zwischen Zeit- und Akkordlohn noch zu vergrößern, indem sie einen Zuschlag auf den wirklich verdienten Lohn abgelehnt wollten. Es gelang schließlich, den von der Organisation gemachten Vorschlag mit kleinen Abweichungen in den niederen Altersklassen durchzudringen. Es wurde festgesetzt, für die Klassen von unter 16 Jahren 20 Proz., von 16—18 Jahren 25 Proz., von 18—20 Jahren 30 Proz., über 20 Jahre 55 Proz. Zuschlag auf den tariflichen Zeitlohn zu gewähren. Die Verhandlungen sollen bis längstens Ende März 1920 gehen. Die Zulage wird am 30. Januar erstmalig gezahlt werden, aber für zwei Wochen. Für Strider müssen noch besondere Vereinbarungen getroffen werden. Es ist damit hauptsächlich für die über 20 Jahre alten Berufsgenossen eine beachtliche Verbesserung erreicht worden. Die Anwesenden erklärten sich in der Hauptsache zufriedengestellt, wie ein eingehender, später gegen eine Stimme angenommener Antrag zum Ausdruck brachte. Einwände, Bemängelungen, die aus agitatorischen Gründen von gewisser Seite erhoben wurden, fertigte Kollege Hoffmann in gebührender Weise ab. Gerate die von überzähligen Elementen in die Kollegenchaft geflüchteten getragene und hervorgebrachte Uneinigkeit trage die Schuld, wenn den Unternehmern nicht mehr abgenommen werden könne. Kollege Schölze begründete den Erfolg als bahnbrechend für Guben; auch er erwähnte, eine Zusammenzuehen und sich nicht an Phrasen zu beruhigen. — Ueber Betriebsräte referierte ebenfalls Kollege Hoffmann. Er führte aus, daß das Gesetz, obwohl es nicht befriedigt, doch genommen werden müsse, wie es ist. Es muß eben so ausgelegt und angewendet, es muß daraus gemacht werden, was wir brauchen. Dazu ist vor allem Geschlossenheit nötig. Das größte Hindernis ist der Umstand, daß die Arbeiter nicht genügend vorgebildet sind. Da aus Ständesicht Arbeiter und Angestellte getrennt sind, ist es vorläufig schwer möglich, die Unternehmern zu kontrollieren. Um dem abzuhelfen, sind auch am Orte bereits Kurse im Gange; die Organisation wird denen, die den ganzen Lehrgang durchhalten, die Auslagen erstatten. Er wies ferner auf den für Ende Februar nach Leipzig zu beziehenden Betriebsräte-Kongress der Textilindustrie hin, auf dem die Errichtung einer Hochschule für Betriebslehre beschlossen werden sollte. Die Leitung trägt sich mit dem Gedanken, örtlich jedem Textilarbeiter die Ausbildung zu ermöglichen, um das nachzuholen, was die Schule bisher versäumt hat. Der lange angestrebte, jetzt verwirklichte Achtstundentag bietet jedem die Möglichkeit. Es ist vorzuziehen, die geschaffene Freiheit zur Weiterbildung, als zu augenblicklichem Geldwerb zu verwenden. Kollegin Wendel redete besonders den Frauen ins Gewissen. Die Arbeiterchaft könne ganz anderen Einfluß haben, wenn sie bei den Wahlen besser ihre Pflicht erfüllt hätte. Sie erklärte, daß sie für planlose und unvorberetete Demonstrationen nicht zu haben sei. Die Versammlung gab ihr Einverständnis mit den getroffenen Veranlassungen zu erkennen, nur wurde gewünscht, mehr männliche als weibliche Mitglieder zu den Kursen heranzuziehen. Dem trat Kollege Hoffmann entgegen; die Ausschüsse sind eben durch mehr weibliche als männliche Mitglieder besetzt. Das weibliche Element dominiert in der Textilindustrie, darum muß es interessiert werden, seine Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen. Es wurden dann Delegierte zur Gaukonferenz bestimmt. Vom Ortsauschuß wurde erwirkt, daß dieser beschlossene habe, für Januar einen Ortsbeitrag von 1 Mk. pro Mitglied zu erheben, dessen Ertrag zur Hälfte für die notleidenden österrödischen Brüder, zur anderen Hälfte zur Sanierung des Gewerkschaftshauses bestimmt sei. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Textilarbeiter freudig diesen Betrag opfern würden. Ferner wurde bekanntgegeben, daß das Gewerkschaftshaus nunmehr offiziell in den Besitz der Gewerkschaften übergeführt sei; diese haben zu dem Zweck eine G. m. b. H. gebildet, als deren Geschäftsführer Textilarbeiter Hoffmann, Guhrarbeiter Bergmann und Tabakarbeiter Schwemmer fungieren. Weiter kam eine Differenz mit der Firma Schmelz zur Sprache. Vom Auschuß angelegte Verhandlungen zur Nachprüfung der Weblöhre waren dadurch illusorisch geworden, daß die Vertreter der Firma erstens sehr spät erschienen und auch die Unterlagen verweigerten, was die Organisationsvertreter als Nichtachtung aufzufassen und darum die Verhandlungen abbrachen. Es wurde daraufhin eine Kommission dazu bestimmt. Diese wurde vom Betriebsleiter beauftragt und nach Hause geschickt, was die Arbeiter mitleidig nahmen und befolgten. Nun übernahm die Tarifkommission die Regelung. Die Unternehmern hatten indes an die Regierung geschrieben. — In der zweiten Sitzung wurde wegen Erfahres des entgangenen Arbeitsverdienstes verhandelt. — Eine ausgedehnte Debatte entspann sich über die Frage, ob der Beschluß bei Wiederaufnahme 25 Mk. Aufnahmegelde zu erheben, aufrecht erhalten werden soll. — In vorgerückter Stunde erreichte die angeregte verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Hainichen.** Am 24. Januar fand unsere erste Mitgliederversammlung in diesem Jahre statt, welche sehr zahlreich besucht war. Der Kassierer der hiesigen Ortskassierkassa, Herr Martin, hielt einen leichtverständlichen Vortrag über Krankenversicherung und Wpchenhilfe. — Kollege Neumann gab den Bericht vom vierten Quartal 1919 und anschließend daran kurzen Bericht über das ganze verflozene Jahr. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 126, am Ende 1118, mithin 992 mehr. In Arbeitslosenunterstützung wurden 1402,80 Mk., an die Krankenunterstützung 335,10 Mk. ausgezahlt, an die Hauptkasse 15.021,38 Mk. gezahlt. Der Lokalkassenbestand betrug am Ende des Jahres 3117,49 Mk. — Nach Vortrag des Kartellberichts und Erledigung einiger Eingänge wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen mit dem Wunsche, die Zusammenkünfte immer so zahlreich zu besuchen und die dem Verbands noch fernstehenden ihm recht bald zuzuführen.

**Halberstadt.** Eine recht zahlreich besuchte Versammlung fand im Gewerkschaftshause statt. Auf der Tagesordnung standen sehr wichtige Punkte. Als Referent zur Tariffrage war Kollege Voigt-Berlin erschienen. Der alte Verband wurde außer dem Kassierer wiedergewählt; Kassierer wurde Kollege Bruschke, da unser alter Kassierer durch Überbürdung mit Arbeit den Posten nicht mehr versehen konnte. Eine rege Aussprache ergab die Forderung auf Erhöhung unseres Lohnes. In einer am 19. Dezember 1919 abgehaltenen Versammlung wurde von unseren Mitgliedern beschlossen, durch den Auschuß eine Betriebsversammlung betreffs Erhöhung unseres Lohnes einzuberufen. Leider hatte es der Auschuß nicht für nötig befunden, bisher eine Versammlung abzuhalten. Durch die enormen Steigerungen aller Lebensmittel waren unsere Mitglieder gezwungen, an unseren Gauleiter das Ersuchen zu richten, mit unseren Chefs über Lohnverhandlungen zu verhandeln. Nachdem unser Gauleiter Kollege Voigt über die Pflichten des Ausschusses Aufklärungen gegeben hatte, wurde beschlossen, am nächsten Tage mit dem Auschuß bei der Firma Verhandlungen einzuleiten. Zur Zufriedenheit aller Mitglieder wurde dieses schwierige Problem von unserem Gauleiter und dem Ausschusse gelöst.

**Schöningen.** In unserer Generalversammlung am 16. Januar wurde berichtet, daß die am 13. Dezember v. J. mit den Arbeitgebern in Tarifangelegenheiten gepflogenen Verhandlungen zu einem uns befriedigenden Ergebnis geführt haben. — Von der Ausführung eines früher gefassten Beschlusses, Werbung und Organisierung betreffend, wurde, wie mitgeteilt ward, Abstand genommen, da man sich sonst ohne genügenden Grund von dem karitativem Göttingen hätte abtrennen müssen. — Es folgten dann die Wahlen. Unter hinreichenden Worten wurde die Versammlung mit dem Wunsche an die Mitglieder geschlossen, den Verband als heiligen Zufluchtsort unter allen Umständen hochzuhalten.

**Sonnenburg.** Unsere Generalversammlung am 17. Januar war nur mäßig besucht; es fanden an mehreren Stellen Vergnügen statt. — Die Kasse war am 20. Januar vom Vorstand von der Gasseitung in Ordnung befunden worden. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wieder, Revisoren und Kassendoten neu gewählt. Die Besichtigung des Ganges wurde aus mehreren Gründen, besonders aus finanziellen, abgelehnt.

**Unterboihingen.** Im dicht besetzten Lokal zum Schwane hielten wir am Sonntag, den 18. Januar, unsere Generalversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßte ein reichhaltiges Programm. Zuerst schloß der Filialleiter die Arbeiten des verflossenen Jahres. Am Ende seines Berichtes konnte er es nicht unterlassen, von neuem darauf hinzuweisen, wie unbedingt notwendig es ist, geschlossener und fester zusammenzuhalten als jemals, denn die Lage der aller nächsten Zukunft erfordert es, zusammenzufassen wie eine Mauer, denn nur dadurch werde es uns möglich sein, unsere gerechten Forderungen durchzubringen und dem ausbeutenden Unternehmertum ein Ende zu bereiten. Unter Punkt „Verschiedenes“ kam er noch kurz auf die Krankenkasse und auf das Betriebsrätegesetz zu sprechen, wobei er durch seine sachlichen Ausführungen großen Beifall erntete. Gestützt und getragen vom Vertrauen der Mitglieder, wurde die alte Vorstandschaft wiedergewählt. Den Dank der Freunde über das Vertrauen, das ihnen geschenkt wurde, brachten die Betreffenden dadurch zum Ausdruck, daß sie erklärten, auch im neuen Jahre überall da einzutreten, wo es gilt, die Interessen aller zu wahren. Mit einem Appell an die Kolleginnen und Kollegen, jetzt einig und geschlossen für den Deutschen Textilarbeiterverband einzutreten, schloß der Filialleiter um 6.30 Uhr die schon verlaufene Versammlung.

**Zittau.** Der Jahresbericht, der in der Generalversammlung von den Geschäftsführern gegeben wurde, zeigt ein Bild erfreulichen Aufschwungs, aber auch rastloser organisatorischer Arbeit. In den Kriegsjahren hat die Verwaltungsstelle sich unter den größten Schwierigkeiten durchgehalten. Entböhrt von allen Kräften, mußten die Geschäfte nebenamtlich miterledigt werden. Nach Uebereinkunft des nächsten Standes setzte im Sommer 1918 eine langsame Mitgliederzunahme ein, die mit der politischen Umwälzung in einen schnelleren Aufschwung überging. Die Mitgliederzahl, die am 1. Oktober 1918 erst 43 betrug, stieg bis Jahresende auf 325 männliche und 1110 weibliche, zusammen 1435 Mitglieder. Bis zum Jahresende 1919 stieg diese Ziffer auf 1028 männliche und 2974 weibliche Mitglieder, zusammen 4002. — Unter dem Mitgliederzugang sind bemerkenswert 230 Uebertritte vom Gewerkschein der Textilarbeiter (S. D.) und 129 vom christlichen Textilarbeiterverband. Durch die mit dem gewaltigen Aufschwung sich in gleichem Maße steigende Arbeitslast in der Verwaltung wurde die Anstellung von zwei Geschäftsführern nötig. — Eine gleich günstige Entwicklung zeigen auch die Kassenverhältnisse. Die Gesamteinnahmen betragen, einschließlich 576,84 Mk. Bestand vom Vorjahre, 31.553,59 Mk., denen an Ausgaben 86.109,20 Mk. gegenüberstehen, so daß der auf 1920 übernommene Kassenbestand 5224,39 Mk. beträgt. Für die Hauptkasse wurden vermindert 69.315,25 Mk. vorausgibt 14.441. — Mk., so daß die Zentrale 54.874,25 Mk. abgeliefert werden konnten. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 22.018,34 Mk., die Ausgaben 16.793,95 Mk., dementsprechend der Bestand 5224,39 Mk. Beiträge geleistet wurden 51,9 pro Mitglied und Jahr im Durchschnitt. — Auch der innere Ausbau der Organisation ist erfolgreich fortgeschritten. In jedem Betrieb fungieren heute Vertrauensleute, die in steter Fühlung mit der Verwaltung stehen. Zur Instruierung und Schulung wurden für Arbeiterauschüsse und Vertrauensleute mehrere Konferenzen veranstaltet. — Der allgemeine Aufschwung erfordert, daß der Verwaltungsapparat auf eine breitere Grundlage gestellt wird. Ein dem Rechnung tragender Entwurf zu dem Statusatut wird einer nächsten Generalversammlung zur Beschlusfassung vorgelegt werden. Vorgezogen ist Einsetzung von Gruppenleitungen in allen zum Filialbereich gehörenden Orten, mit Zittau als Vorort, der die engere Ortsverwaltung wäscht. Aus dieser und den Gruppenvorständen soll ein Verwaltungsausschuß gebildet werden. Für die Generalversammlung ist das Delegiertenstimmrecht gedacht. — Ein Kapitel für sich ist die Entwicklung der Lohn- und Tarifverhältnisse. Am Jahresbeginn war das noch alles der freien Willkür der Unternehmer überlassen. Der bei Einführung des Achtstundentages zugesagte volle Lohnausgleich erfolgte in vielen Betrieben nur zum Teil. Damals wurden noch Löhne gezahlt von 24 Mk. pro Woche und weniger für Männer und bis herab zu 15 Mk. für Frauen. Jugendliche erhielten 18 bis 20 Pf. Stundenlohn. Diese Verhältnisse muß man sich vergegenwärtigen, wenn man die Entwicklung der Löhne im abgelaufenen Jahre durch Schaffung und Ausbau des Tarifsystems richtig beurteilen und werten will. Der erste Tarif wurde am 22. Februar abgeschlossen. Er befriedigte aber nur insofern, als es zum erstenmal gelang, zu tariflichen Vereinbarungen zu kommen. Die niedrigen, der Preisgestaltung nicht gerecht werdenden Lohnsätze aber nötigten bald zu einer Revision, die am 22. April erfolgte. Diese brachte für die damaligen Verhältnisse einen beachtenswerten Fortschritt. Leider kam dieser nicht voll zur Wirkung, da der herrschende Rohstoffmangel in den Sommermonaten bedeutende Betriebserschwerungen brachte. Am 30. September lief dieser erste Tarif ab, und als Ziel für den neuen Abschluß galt: Einheitliche Brandentart für ganz Sachsen und Gleichstellung der Löhne mit anderen Berufen. Der Einheitsstarif nun ist am Widerstand der Oberlausitzer Arbeitgeber gescheitert. Aber deren Hoffnung, dadurch billiger megalummen, ist nicht in Erfüllung gegangen. In den nunmehr für Ostschlesien besonders geschaffenen Tarifen sind, bis auf wenige Ausnahmen, die Männerlöhne den weitausgehenden gleich. — Die Frauenlöhne sogar stehen in den meisten Sparten nicht unbedeutend darüber. Der bedeutendste Erfolg ist, daß es gelang, die Weiberlöhne nunmehr auf eine Höhe zu bringen, bei der auch Männer in den Weberbetrieben wieder eine Existenz finden können. Die bisher bestehende Differenz der Lohnsätze zwischen anderen Industrien und der Textilindustrie ist nun ebenfalls ausgeglichen. Wohl befriedigt das in dem Tarif erreichte nicht alle Wünsche und Hoffnungen, wohl bestehen noch Unebenheiten und Ungleichheiten, doch dürfte da manches sich noch ausgleichen. Im ganzen gemietet, ist der neue Tarif ein gutes Werk, ein Fundament für den weiteren Ausbau des Tarifwesens in unserer Industrie. — Im Berichtsjahre ging auch der „Burgfrieden“ mit der christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisation in die Brüche. Grundtatsache hierbei zu schaffen über die Zwecke und Ziele der verschiedenen Organisationsrichtungen, war die Leitung ständig bemüht. Wie die schon genannten Uebertrittsziffern zeigen, auch nicht ohne Erfolg. Die Textilarbeitererschaft zu einer einzigen einheitlichen Kampforganisation zusammenzuschweißen, soll auch weiter vornehmste Aufgabe mit sein. Darum wird auch wie bisher kommunikativen Versplitterungsversuchen, die auch vereinzelte sich bemerkbar machten, energisch entgegengetreten werden. — Im öffentlichen und kommunalen Leben ist der Einfluß unserer Organisation, unserer Stärke entsprechend, ein bedeutender geworden. Geschäftsführer Jochmann ist Mitglied des Stadtrats, Geschäftsführer Liebig und die Kollegin Mai sind Stadtverordnete. In den Gemeindevorständen der Landorte sind ebenfalls eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen tätig. Ebenso sind wir in verschiedenen wichtigen Ausschüssen, wie für Erwerbslose, Arbeitsnachweis, Arbeiterlohnfragen, Kriegsjahresgehalt, Lebensmittelverteilung und -kontrolle, vertreten. — Als nächste Zukunftsaufgabe gilt die Vertiefung des Organisationsgebäudes in der Masse der Mitglieder und deren Aufklärung und Schulung. Das Betriebsrätegesetz, wenn es auch bei weitem nicht die Rechte bringt, die wir brauchen und auf die wir Anspruch haben — es erfordert doch die

Erfassung aller geistig regamen und intelligenten Kräfte zu intensiver Mitarbeit. — Bei den folgenden Neuwahlen der Verwaltung wurde die von einer Konferenz der Vertrauensleute und Ausschuhobmänner aufgestellte Vorschlagsliste glatt gewählt. Eine von einzelnen Mitgliedern aufgestellte Liste erhielt nur wenige Stimmen. — Die Entschädigung der Unterkassierer wurde von 5 auf 7 Pf. für jede verkaufte Beitragsmarke erhöht. — Annahme fand ferner ein Antrag, den Beitragsnehmern für drei wichtige Hochschulfürze die Unkosten aus der Lokalkasse zu decken.

**Rhein.** Am 16. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dem Geschäftsbericht gab als erster Geschäftsführer in fast 1 1/2stündiger Rede Kollege Matties. Er ging in einzelnen auf die Entwicklung unserer Filiale nach dem Kriege ein. Zu Anfang der Revolution hatten wir in der Filiale ganze 763 Mitglieder, am Schlusse des 1. Quartals 1919 schon 1739, Ende des 2. Quartals 2010, am 3. Quartalsende 2750 und jetzt, am Schlusse des 4. Quartals, 3011. Seine Erwartungen seien bei weitem übertroffen worden. Dieser Aufschwung, betonte er, sei nicht allein ihm, sondern auch, und ganz besonders, den tätigen Kollegen, die immer, wo es auch sei, die Interessen unseres Verbandes wahrnehmen, zu verdanken. Der Redner ging dann auf die Tarifbewegungen, welche im vergangenen Jahre stattgefunden haben, näher ein, wobei er auch auf die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse zu sprechen kam. — In Beranstellungen haben stattgefunden: 19 öffentliche Versammlungen, 58 Mitglieder- und 18 Betriebsversammlungen. — Der Redner kommt dann auf das Verhalten der Christen und auf die Vorformnisse, die sich in letzter Zeit an einzelnen Orten innerhalb unserer Filiale abgezeichnet haben, zu sprechen, wobei er sich im besonderen die katholische Geistlichkeit vornimmt. In verschiedenen Orten, z. B. Horstmar, Schittorf usw., hatten die Christen große öffentliche Versammlungen gegen uns einberufen, aber überall haben sie ein großes Fiasko erlitten. In Schittorf waren z. B. 4 „Generale“ erschienen, um unserer Ortsgruppe und insbesondere ihm, Kollegen Matties, den Todesstoß zu versetzen. Aber unsere Schittorfer Kollegen haben den christlichen Strategen eine gründliche Abfuhr bereitet. — Kollege Simon als Kassierer gab dann den Kassenbericht. In Gesamteinnahmen hatten wir im 4. Quartal zu verzeichnen 34.903,19 Mk., Ausgaben 32.704,06 Mk., Kassenbestand 3199,19 Mk. — Mitgliederbestand am Beginn des Quartals: männliche 1668, weibliche 1082, zusammen 2750. Am Schlusse des Quartals männliche 1818, weibliche 1193, zusammen 3011. Mit ihm in diesem Quartal mehr 261 Mitglieder. — Der Redner gibt dann noch im einzelnen ein klares Bild über die Kassenführung. — Dann folgten die Wahlen. — Unter „Verschiedenes“ ging dann noch Kollege Simon auf die kolossalen Preissteigerungen zu sprechen. — Dann wurde noch eine Resolution, welche sich gegen die zwangsweise Einziehung der Steuern vom Lohn wendet, einstimmig angenommen.

**Sagan.** In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde von dem Geschäftsführer, Kollegen Rieger, das Verhalten der Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkscheins und ihr wüstes Treiben gegen unseren Verband etwas scharf unter die Lupe genommen. Seit der Beitragsüberhöhung vom 1. Oktober v. J. werden von den Hirsch-Dunderschen allenthalben irreführende Behauptungen aufgestellt, so daß die Beiträge bei den Hirsch-Dunderschen viel niedriger seien als beim Textilarbeiterverband; so versucht man Mitglieder für den Gewerkschein einzufangen. Obwohl das Verhalten der Gewerkscheins-Mitglieder in einer öffentlichen Versammlung, wo der Kollege Hübsch referierte und auch ein Vertreter der Hirsch-Dunder, Herr Kössler, für sich mit diesen Märschen weiter treiben zu gehen. Am nun aber reinen Licht zu bekommen, sind von unserer Seite Gegenmaßnahmen ergriffen worden. Jetzt wird man natürlich schreien über den Terror des Textilarbeiterverbandes und alle Hebel gegen ihn in Bewegung setzen. Uns sei es gleich, was von jener Seite unternommen wird. Unser Bestreben müsse es sein, eine einheitliche Organisation zu schaffen; erst wenn sie vorhanden, sei der Arbeitererschaft gebietet. — Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1919 läßt in Einnahme mit 37.766,19 Mk. und in Ausgabe mit 29.855,78 Mk. ab. Der Lokalkassenbestand beträgt somit 7910,41 Mk. — Den Jahresbericht erstattete Kollege Rieger. Die Entwicklung der Filiale hat im verflossenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Neue Verwaltungszellen sind gegründet worden, in Gollbau, Sprottau und Sudau. In Priebrus, wo ein kleiner Stamm vorhanden war, hat sich, durch die Eröffnung des Betriebes von Winkler, die Mitgliederzahl ebenfalls vermehrt. Am Schlusse des Jahres beträgt somit die Mitgliederzahl der Bezirksfiliale 2845. Gegen das Vorjahr eine Zunahme von 1318 Mitgliedern. Die damit erhöhte Arbeit konnte von der Ortsleitung nur bewältigt werden, indem sie von der Kollegenschaft auch die notwendige Unterstützung erhielt. Der Vortragende erläuterte noch des weiteren die von der Ortsleitung geleiteten Arbeiten, wie Korrespondenz, Sitzungen usw. und schloß mit dem Appell, der Ortsleitung das notwendige Vertrauen auch im neuen Jahre entgegenzubringen. — In der darauffolgenden Vorstandswahl wurde Kollege Gräß als 1., Kollege Freier als 2. Vorsitzender gewählt. Unter Verschiedenem wurde darauf hingewiesen, daß unsere Filiale in diesem Jahre, 16. April, ihr 25jähriges Jubiläum der Gründung begeht und soll dieser Tag würdig gefeiert werden. Nach Vortrag einzelner Wünsche, deren Erfüllung von der Ortsleitung zugesagt wurde, fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Brandenburg a. S.** Die Mitgliedsliste für Marie Gentschel, geb. am 18. August 1829 zu Brandenburg, eingetreten am 8. März 1919 daselbst, Ortsnummer 391, Marken gefleht: 34 Marken zu 40 Pf., 12 Marken zu 80 Pf., ist verloren gegangen. Bei ihrem Auftauchen aufhalten und uns einliefern.

**Hirschfelde.** Die Mitgliedsliste für Linda Riehl, geb. 21. Januar 1900, eingetr. 5. Mai 1919 in Hirschfelde, ist verloren gegangen. Dieselbe ist, wenn sie gefunden wird, an Reinhold Effenberger, Mittelsdorf 215, abzugeben.

**Löbau i. Sa.** Das Geschäftszimmer befindet sich Carolastraße Nr. 171. Geschäftszeit Montag bis Freitag von 8—1 und von 3—6, Sonnabends vormittags von 8—1 Uhr. Dienstags und Freitags für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Zeitungsausgabe nur Mittwochs nachmittags. Unterstutzung wird nur Sonnabends gezahlt.

**Chemnitz.** Flora Wida Anwert, 34 J., Lungenleiden. Emilie Krämer, 66 J., Herzschlag. Crimmitzschau. Anna Walsber, Weberin, 49 J. Karl Scheller, Weber, 62 J. Karl Fiedert, Weber, 52 J.

**Greiffenberg i. Schl.** Paul Röhre, Arbeiter, Schlossdorf, 68 J., Magenleiden.

**Samburg.** Antonie Mürsch, Arbeiterin, 43 J., Lungenleiden. Gertrud Georg Bolender, 69 J., Altersschwäche.

**Kleinfeinbach.** Wilhelm Rojer, 18 J., Betriebsunfall.

**Landeshut-Rollenhain.** Frieda Tschertner, Kasperin, 26 J., Herzkrankheit.

**Nordhorn.** Hermann Hermis, 23 J., Folgen von Gasvergiftung.

**Schab.** Berta Robijud, Strickerin, 30 J., Influenza.

**Preußisch.** Bruno Prescher, Appretur, 57 J., Schlaganfall.

**Rheine.** Anton Schürhaus, 34 J., Hütberggürtung.

**Rohwein.** Anna Ghelich, Arbeiterin, 41 J., Lungenentzündung.

**Schreßheim.** Franz Frech, Herzklammerung.

**Swidau.** Anton Wunderlich, Zimmermann, 57 J., Rippenfellentzündung. Max Schödlisch, Kesselfeiger, 44 J., Darmverschluss.

**Chre ihrem Andenken!**

**Zusammenkünfte.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

**Berga a. d. Elster.** Sonnabend, 14. Februar.

**Gschwege.** Montag, 16. Februar.

**Halberstadt.** Mittwoch, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Leisnig.** Mittwoch, 11. Februar.

**Pörsch.** Freitag, 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Vereinsgarten“.

**Für sofort gesucht**

**3 geübte Selbstortspinnerinnen und 1 Zwirnerin** zum Tariflohn. Arbeitsnachweis des Textilarbeiter-Verbandes, Hamburg 1, Besendinerhof 57, Zimmer 49.

**Süchtige geübte Spitzenweber** sofort gesucht. Richard Kant, Plauen i. S., Haus-Sachs-Str. 19. Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 7. Februar

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.